

Pulsnitzer Wochenblatt

Presse Nr. 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich M 4 050 000 bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich M 4 000 000; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Masse's Zeilenmessaer 14) M 70.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 60.—, Amtliche Zeile M 210.— und M 180.—; Reklame M 150.— bei sofortiger Zahlung. Tabellarischer Satz 25 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Verlagengebühr M 150.— pro Tausend. — Schlüsselzahl zurzeit 30000.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Das älteste und größte Blatt in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. S. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 115.

Donnerstag, den 27. September 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Wir geben hiermit bekannt, daß infolge des Mangels an Reichsgeld unsere Stadtkasse weitere

Nottschecks über je 20 Millionen Mark

ausgegeben hat, die durch roten Ueberdruck der bisher noch nicht im Verkehr gewesenen Nottschecks zu 100 000 M der Nummern 2001—3500 hergestellt worden sind.

Bei Annahme dieser Nottschecks ist unbedingt auf diese Nummern zu achten, da nur diese Schecks infolge Ueberdrucks eine höhere Wertbezeichnung erhalten haben. Einlösung dieser Schecks hat bis 31. Oktober d. J. zu erfolgen.

Pulsnitz, am 26. September 1923. Der Rat der Stadt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 30. August 1923 — Nr. 105 der „Sächs. Staatszeitung“ — findet am 1. Oktober 1923 eine Viehzählung statt, die sich auf Rindvieh, Schafe, Ziegen und Schweine erstreckt.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er obiger Verordnung gemäß aufgefordert wird, nicht erstattet oder fälschlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird auf Grund der Bestimmungen in § 4 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. Januar 1917 (R. G. Bl. S. 81) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 Millionen Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil dem Staate verfallen erklärt werden.

Pulsnitz, den 26. September 1923. Der Rat der Stadt.

Der 3. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Pulsnitz, Wertzuwachssteuer betr.,

ist von der Kreishauptmannschaft Bautzen genehmigt worden und liegt vom 27. September bis 11. Oktober 1923 in der Stadtsteuerabteilung zur Einsicht aus.

Pulsnitz, den 26. September 1923. Der Rat der Stadt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Pulsnitz

Mit Rücksicht auf die fortgesetzten Lohnveränderungen hat der Kassenvorstand beschlossen, mit Wirkung ab 1. Oktober die Mitglieder nach Altersklassen einzustufen und zwar nach folgenden Richtlinien:

- Alle Versicherten über 19 Jahre werden der jeweils höchsten Stufe, alle Versicherten über 18 Jahre
- über 17 Jahre } den vorhergehenden 4 niederen absteigenden Stufen
- über 15 Jahre }
- unter 15 Jahre }

ausgeteilt. Für Hausangestellte und Heimarbeiter bestehen besondere Stufen. Die anteiligen Beiträge werden jede Woche durch Anschlag im Kassenlokal bekanntgegeben.

Gleichzeitig werden die Herren Arbeitgeber wiederholt ersucht, die gekürzten Beiträge, einschl. der Arbeitnehmer, beim Gemeindefiskus, als Abschlagszahlung bis spätestens Mittwoch der folgenden Woche an Kassenstelle abzuführen, andernfalls der gesetzliche Zuschlag von 10 v. H. erhoben werden muß.

Pulsnitz, 26. September 1923. Herm. Pinke, Vorsitzender.

Das Wichtigste.

Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen ist auf 104 000 angewachsen. Im Verlaufe von Erwerbslosen-Demonstrationen in Zittau kam es zu blutigen Kämpfen, denen zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Bei der vorgestern mit dem Reichskabinett stattgefundenen Besprechung ergab sich vollkommene Uebereinstimmung, daß der passive Widerstand aus finanziellen Gründen abgebrochen werden mußte. Die bayerischen Kampforganisationen bereiten sich feberhaft auf bevorstehende innere Kämpfe vor.

Der Beschluß der Reichsregierung über die Aufgabe des passiven Widerstandes ist in Form einer Proklamation des Reichspräsidenten der Bevölkerung bekannt gegeben worden.

Frankreich verstärkt seine Ingenieurkommission auf 400 Mann um die intensive Ausbeutung des Ruhrreviers vorzubereiten.

Die Arbeiterschaft der Regieeiche Rhein-Elbe ist in den Streik getreten, weil die Franzosen die zwölfstündige Arbeitszeit verlangten.

Aus Anlaß der Streiks im niederrheinischen Kohlengebiet verhafteten die Belgier fünf als Streikführer bezeichnete Bergarbeiter.

ber Welt, daß sie sich zu keinen Abmachungen verpflichten werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom deutschen Reich loslösen.

In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfungen und materieller Not treu zusammenzustehen. Nur so werden wir alle Absichten auf Zertrümmerung des Reiches zu nichte machen, nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, ja die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist.

Berlin, 26. September 1923.

Der Reichspräsident Ebert, Die Reichsregierung Dr. Stresemann, Dr. Kaumer, Dr. Söulmann, Dr. Schmidt usw.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Vortragsabend.) Die hiesige Ortsgruppe des D. S. V. veranstaltete am 22. September im Herrenhaussaale einen wohlgeleiteten Vortragsabend, verbunden mit einem Tanzgen. Zu diesem Abend war Herr Hermann Weise, Pulsnitz, als Vortragskünstler gewonnen worden, der in seiner charakteristischen Art und gebliebenen Weise eigene Dichtungen und Erzählungen in weisauer Mundart vortrug, die gute Aufnahme fanden und wofür ihm reichlicher Beifall gezollt wurde. — Die Veranstaltung, die gut besucht war und recht gnußreich verlief und nur zu schnell sein Ende erreichte, legte Zeugnis dafür ab, daß trotz der Schwere der Zeit doch noch Kräfte im Volke am Werke sind, Abkntung vom grauen Alltag zu schaffen und Erheiterung zu bieten, ganz abgesehen davon, daß dieser Abend durch die Art des Vortrages Heimatempfinden und Bewußtsein auslöste und gleichzeitig bildend wirken mußte.

Pulsnitz. (Kirchensteuer.) Wir machen darauf aufmerksam, daß mit Ende dieses Monats die Frist zur Bezahlung der Kirchensteuern abläuft. Als dann beginnt das mit Kosten verbundene Mahnverfahren.

An das deutsche Volk!

Am 1. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. Ueber 180 000 deutsche Männer und Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für fünf Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen. Hunderte Schwächer noch in Gefängnissen. Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgelühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese dem deutschen in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk. Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach besten Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In tamer Reigenden Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3 500 Millionen Mark. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdopplung dieser Summe zu erwarten. Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Gebiete ist gerüttelt. Mit furchtbarem Ersche droht die Gefahr, daß beim Festhalten an dem bisherigen Verfahren

die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden.

Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzdrehen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Heroisch war ihr Kampf, beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiete duldeten, wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterland die Treue zu brechen.

Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verstoßenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder Tauschgeschäfte.

Reichspräsident und Reichsregierung verstören hierdurch feierlichst vor dem deutschen Volke und vor